Mühleberg stillegen!

Info Nr. 64 Nov./Dez. 02
Versand 4x jährlich
Abo Fr. 15.- / Einzelnr. 2.-
Postkonto Bern 30-24746-7

AMüs
Aktion Mühleberg stilllegen
Postfach 6306, 3001 BERN
www.amues.ch

Geheimniskrämerei der schweizerischen Atom-Überwacher

Atommüll: Standort. Wellenberg, Wellental

EURATOM aktuell. Struktur. Vertrag.

Energien für das Leben statt Globalisierung der Atomindustrie!

Was macht die Geschlechter-Differenz im Mikrowellen-Herd?

news und infos aus der Atomzone

Dieses Jahr haben wir viel mit Flublättern auf der Strasse und bei Veranstaltungen gearbeitet, deshalb habt Ihr lange nichts mehr von uns gehört. Und deshalb ist unser Kontostand unter 00 gekommen. Wir müssen rot sehen!
Zwar seufzen uns immer noch viele Leute an, „wer soll denn das alles lesen?" Dabei passt die gesamte AMüs-Jahresproduktion bequem in eine einzige 'Berner Zeitung'. Na also.

Sollen wir weiterhin
im Trüben fischen
zurückstrahlen
schwarzsehen
und alles hinausposaunen?
Dann brauchen wir jetzt
Eure Unterstützung!

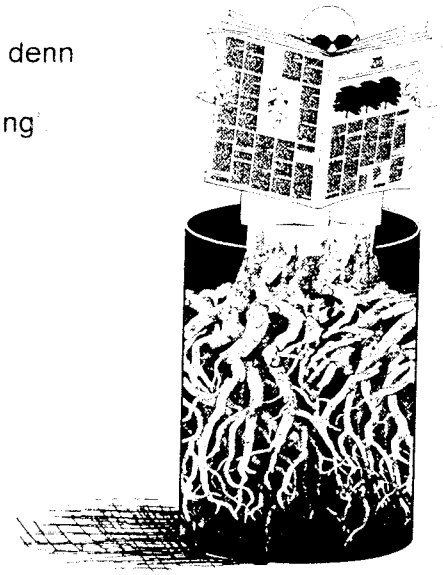


Bild Wolfgang Sischke Scherereien 1998

AMüs-Postscheckkonto Bern 30-24746-7. Herzlichen Dank!

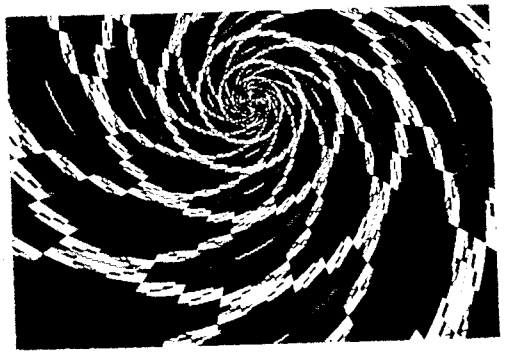
Sortir du nucléaire, S.P. 1558 - 1211 Genève 1

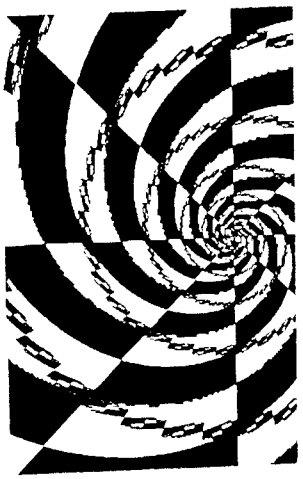
S p u r d e r V e r s e u c h u n g . . .

Am 31.August 2002 liess die Welschschweizer Organisation 'Sortir du Nucléaire' vor den Toren des AKW Mühleberg 1000 Luftballons steigen.

Was passiert, wenn im AKW Mühleberg Radioaktivität freigesetzt wird? Um die Freisetzung radioaktiver Partikel im Unglücksfall zu symbolisieren liessen die AktivistInnen der Organisation "Sortir du nucléaire" 1000 Luftballons in den strahlendblauen Herbsthimmel steigen.
Die Mehrzahl der Ballons stiegen anfänglich einige hundert Meter gerade in den Himmel hinauf, in etwa 500m Höhe nahm sie eine Strömung mit in Richtung Süd- West, Freiburg, Lausanne, Yverdon usw. Die meteorologischen Daten verrieten bereits Tags zuvor wohin die Ballons entschwinden würden. Einige AktivistInnen sprachen davon die Aktion zu wiederholen, wenn der Wind Richtung Osten (Bern) bläst. Interessant war auch zu beobachten, dass sich ca. 100 Ballons in alle Richtungen ums AKW herum verteilten, so wurden Ballons in allen Teilen der Gemeinde Mühleberg gesichtet.
Auf dem Rückweg von der Aktion begegneten wir einer Frau welche nur gerade 800m Luftlinie vom AKW entfernt wohnt. Wir kamen ins Gespräch und diskutierten über das nahe AKW. Die Frau eines BKW Mitarbeiters, der im Stromverteilzentrum gerade vis-à-vis arbeitet, erklärte "ich sehe den 'Atomi' ja nicht, da stehen noch einige Bäume davor. Aber wissen sie, die Welt ist ja heute schon so verseucht: Blei, CO_2 usw., ich glaube wir werden langsam immun." Während des Gesprächs überquerte ein schwarzer Ballon ihren Garten. Wer dieser Gefahr ins Auge sieht braucht eine Notlüge um den Alltag zu bewältigen. Wir wollten die Frau nicht weiter verängstigen und verabschiedeten uns.
Die erhöhte Verstrahlung rund um das AKW Mühleberg ist nachweislich. In der Jahresstatistik des Bundesamtes für *(Un-)Gesundheit, Umweltradioaktivität und Strahlendosen in der Schweiz* werden die bereits im "Normal"-betrieb ausgestossenen Mengen an radioaktiven Partikeln und Strahlung rund um die AKW-Standorte registriert. "Natürllich" sind diese Werte stets unter den zulässigen Grenzwerten und sind dadurch "unbedenklich".
Die ganz normale Verstrahlung - ein Auszug aus der Statistik 2001: (Siehe auch www.bag.admin.ch)
Im Nahbereich der Siedewasserreaktoren Mühleberg und Leibstadt ist die Ortsdosisleistung durch Direkt- und Streustrahlung aus dem Maschinenhaus erhöht. Seit dem Herbst des Jahres 2000 ist die Dosisleistung im Maschinenhaus und am Zaun des KKM als Folge einer geänderten Wasserchemie im Reaktor, die einen zusätzlichen Schutz der Reaktoreinbauten vor Korrosion bezweckt, angestiegen. Der dem Speisewasser zugegebene Wasserstoff bewirkt eine grössere Flüchtigkeit des Stickstoffs, der mit dem Dampf aus dem Reaktor in die Turbine getragen wird. So ergibt sich durch die zusätzlichen Zerfälle des kurzlebigen Nuklids ^{16}N eine Erhöhung der Dosisleistung im Maschinenhaus und am Zaun. Daneben trägt auch das Abfalllager zu einer erhöhten Ortsdosis bei. In einer Messkampagne der HSK während des Stillstands und zu Beginn des Brennstoffzykluses 2001/2002 wurden am Zaun Dosisleistungen zwischen 0,085 _Sv/h (natürlicher Untergrund) und 0,52 _Sv/h gemessen. Im Wochenmittel ergaben sich hierdurch Nettowerte von maximal 0,063mSv pro Woche. Dies entspricht ca. 60 % des in der HSK-Richtlinie R-11 festgelegten Dosisrichtwerts von 0,1 mSv pro Woche. Die vom AKW ausgewerteten Thermolumineszenz-Dosimeter (TLD), die an mehreren Stellen am Zaun die Dosis messen, weisen für das Berichtsjahr einen Höchstwert von 2,4 mSv auf (inkl. natürlichem Untergrund von ca. 0,75 mSv).

PS : Das Bundesamt für Zivilschutz bezifferte in einer 1995 herausgegebenen Studie 'Katastrophen und Notsituationen in der Schweiz, Studie «Katanos». Bundesamt für Zivilschutz, August 1995' die Folgen einer nuklearen Katastrophe in der Schweiz: Evakuation von 900 000 Personen und 4300 Milliarden Franken Verlust.





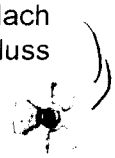
1to1 energy
1to1 enorgy
1to1 ernogy
1to1 bernogy
1to1 bernotschy
1to1 tschernoby
1to1 tschernobyl
1to1

weil die Alternativenergieprojekte der BKW von vielen als Alibi taxiert werden hat sie jetzt mit 1to1 das ökolabel in Propaganda.
Für etwas mehr Geld können da KleinkonsumentInnen Solarstrom gemischt mit Atomstrom beziehen... So bleibt uns das Risiko erhalten.

Atomanlagen - Atommüll - Atomstaat

Der Sondierstollen am Wellenberg wurde in der Volksabstimmung vom 22. September 2002 in Nidwalden abgelehnt. Die Totengräber der Atomtechnologie werden sich vom Wellenberg als ein Lager für „mittel- und schwach-" radioaktive Atomabfälle zurückziehen, doch wohin? Erstmal werden neue Strategien ausgeheckt.

Die Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) gibt auf ihrer Homepage bekannt: Die GNW wird infolge der Volksabstimmung in Nidwalden bestehende Bohrungen am Wellenberg verfüllen, Bohrkeller rückbauen und Bohrplätze – sofern nicht schon geschehen - rekultivieren. Nach Erledigung der Feldarbeiten bis Sommer 2003, Auflösung der bestehenden Verträge und Abschluss der Bücher wird die Genossenschaft auch formell aufgelöst.



ZWILAG und Benken

Geht es nach dem Willen der Atomlobby ist Benken als Standort für ein Lager für hochradioaktive Abfälle geeignet. Der Atommüll brennt den Zuständigen nicht mehr unter den Fingernägeln, da das Zwischenlager in Würenlingen genug Lagerkapazität hat. Als Antwort auf die Wellenbergabstimmung lässt die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie SVA verlauten: "Die Sicherheit der Lagerung radioaktiver Abfälle aus den Schweizer Kernkraftwerken, namentlich im neuen zentralen Zwischenlager Würenlingen (Zwilag), ist durch das Abstimmungsergebnis Wellenberg in keiner Weise in Frage gestellt. Mit der für lange Zeit gewährleisteten Sicherheit (!) der Zwischenlagerung, haben die KKW-Betreiber den zeitlichen Spielraum geschaffen, den die politischen Entscheidungsprozesse in unserem demokratischen und föderalistischen System offensichtlich benötigen."
Auf die Stilllegung der Atomanlagen als einzig vernünftige Voraussetzung zur Lösung der Atommüllprobleme verzichtet die AKW-Lobby.

Behörden, Kommissionen und Lobby sind sich eins

Die von Bundesrat Leuenberger eingesetzte Expertenkommission 'Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle' (EKRA) hat sich dagegen ausgesprochen, daß die Kantone in der Frage der Standorte für Atommüllendlager das letzte Wort haben. Sie bläst somit ins selbe Horn wie die Atomlobby. Per Petition wollen AtombefürworterInnen im Kernenergiegesetz das kantonale Vetorecht gegen Atommülllager streichen. Entscheide und Standortwahl für die Entsorgung soll allein Sache des Bundes sein. „Wir bitten Sie daher eindringlich, bei der Beratung des Kernenergiegesetzes auf kantonale Vetorechte zu verzichten", endet eine Petition an Stände- und Nationalrat. Unterzeichnet ist die Bittschrift von 18 Personen. Diese geben sich ausdrücklich als Mitglieder von ausserparlamentarischen Kommissionen zu erkennen, die sich mit der Sicherheit von Atomanlagen und der Entsorgung von radioaktiven Abfällen beschäftigen. Zu diesen Fachgremien gehören die Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA), die Kommission für Nukleare Entsorgung (KNE) sowie die Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle (EKRA).

Gegen den Bundesrat

Mit ihrer Petition vom 10. Oktober richten sich die staatlich finanzierten Experten direkt gegen die Atompolitik von Bundes- und Nationalrat. Denn im Entwurf zum Kernenergiegesetz (KEG) verlangt der Bundesrat in verschiedenen Artikeln, dass Sondierbohrungen und Rahmenbewilligungen für Atommülllager die Zustimmung des Standortkantons erfordern. Der Ständerat strich dieses kantonale Vetorecht. Der Nationalrat hingegen, der das KEG am 23. September beriet, folgte mehrheitlich dem Bundesrat. Das Nein des Nidwaldner Volkes dürfte diesen Entscheid mitbeeinflusst haben. „Was für den Kanton Nidwalden gut war, soll auch anderen Kantonen zustehen", sagte SP-Nationalrätin Doris Stump. Neben den Linksparteien stimmten auch Teile der CVP für das Vetorecht der Standortkantone. Die politische Bittschrift der Atomexperten befremdet vor allem atomkritische Leute im Parlament. „Mitglieder von ausserparlamentarischen Fachkommissionen sollen naturwissenschaftlich oder juristisch urteilen, aber keine politischen Stellungnahmen abgeben", betonte die

grüne Berner Nationalrätin Franziska Teuscher. Die Petition der Fachkommissionsmitglieder sei tatsächlich «ungewöhnlich», räumt Mitunterzeichner Walter Wildi auf Anfrage ein. Der Genfer Geologe, der gleichzeitig der Expertengruppe EKRA vorsteht und die KSA präsidiert, verteidigt die politische Einflussnahme mit fachlicher Argumentation: „Das politische Veto der Kantone im Kernenergiegesetz verhindert eine fachlich optimale und sichere Entsorgung der nuklearen Abfälle". Der Umstand, dass die umstrittene Petition den AtomkraftgegnerInnen Auftrieb verleihen könnte, scheint Wildi nicht allzu sehr zu ängstigen.

Föderalismus ade, Kantone können sich nicht gegen AKW wehren

Der Wellenberg hat die Diskussion über das Kernenergiegesetz geprägt. Linke und Grüne wollten die Debatte über das Gesetz aussetzen. „Man kann doch nicht so tun, als wäre nichts gewesen", rief der SP-NR Andrea Hämmerle dem Rat entgegen. Das Geschäft solle nochmals an die Kommission zurückgewiesen werden, um der neuen Ausgangslage gerecht zu werden. Doch der Nationalrat legte keinen Marschhalt ein. Eine der zentralen Fragen, welche die grosse Kammer zu klären hatte, war das Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Endlagerung und beim Bau von neuen Atomkraftwerken. Der Ständerat hatte als Erstrat den Kantonen die Kompetenz vollständig entzogen. Energieminister Leuenberger wollte nichts davon wissen, solche Projekte gegen den Willen der betroffenen Regionen durchzudrücken: „Das könnte undemokratisch wirken, wenn man am Tag nach dieser Abstimmung auf ein zentralistisches Verfahren ausweicht." Franziska Teuscher gab den Atomlobbyisten insofern Recht, dass es sehr schwierig sein werde, einen Standpunkt für ein Endlager unter diesen Bedingungen zu finden. „Aber deswegen kann der Bund doch nicht einfach die demokratische Mitbestimmung beschneiden". Dieser Argumentation folgte schliesslich der Nationalrat mit relativ knappen Abstimmungsresultaten.

"Blöder-"alismus

Doch beim Bau von neuen AKW war dann für die meisten ParlamentarierInnen der grossen Kammer genug der Mitbestimmung. Sie lehnten es ab, auch da noch die Zustimmung der Standortkantone zuzulassen. Jetzt gilt die Regelung, dass das kantonale Recht zu berücksichtigen ist, soweit es das Projekt 'nicht unverhältnismässig einschränkt'!

Wo lässt sich heute ein Standort für ein neues AKW finden? Die Atomlobby weiss, dass der Widerstand erst lokal und dann national auf ein noch nie dagewesenes Mass erstarken würde. Neubauten müssten allenfalls autoritär diktiert und wohl militärisch abgeschirmt werden. Für Bau- und Betriebsbewilligungen gilt in der Schweiz die Zonenregelung: Atom-Bürokraten ziehen mit dem Zirkel virtuelle Kreise um die geplante Anlage und generieren so den Zonenplan. Wie wir wissen wird da unabhängig von Wasser-, Windverhältnissen u.ä. bestimmt, wer allenfalls Einsprache-berechtigt ist. Der Kreis muss klein sein, damit kann man die GegnerInnen vor Ort schnell als radikale Elemente ausrangieren. Könnte ein ganzer Kanton abstimmen, könnte die Oposition zu stark werden. Lokal können notfalls Arbeitsplätze, Strompreisreduktionen und sonstige Nettigkeiten (siehe Wellenberg) die Bevölkerung spalten. National gibt es in Atomfragen eh keine Demokratie: der Bundesrat ist letzte Instanz. Dieses antidemokratische Unrecht wird gar von der Europäischen Menschenrechtskommission EMRK gestützt. Also, der Weisheit letzter Schluss: neue Atomanlagen werden in Bern bewilligt und sollen nicht vors betroffene Volk. Wer ausserhalb der Zone an einem Flusslauf aus der Zone lebt, kann nicht gegen die Atomanlage einsprechen, obwohl später das verseuchte Wasser vor dem Haus durchfliesst. Bei den ersten Diskussionen des neuen Kernenergiegesetzes war davon die Rede, dass der Bau eines neuen AKW dem Referendum unterstellt werden solle, doch der Ständerat beharrte darauf, dass Bern ohne die effektiv Gefährdeten über Atomanlagen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheidet.

Behörden und Betreiber bilden Seilschaft zum Weiterbetrieb der Schrottreaktoren

Das Kernenergiegesetz wird Schiffbruch erleiden. Uns AtomgegnerInnen werden zu wenig Zugeständnisse gemacht: Es fehlen der Ausstiegswille, es fehlt der Föderalismus, es fehlt der Verzicht auf die Wiederaufarbeitung, es fehlen Entscheide zu den Restlaufzeiten, es fehlen Stilllegungskriterien. Letzteres, das fehlen von Stilllegungskriterien zeigt, wie ernst der Politik das Anliegen 'Nukleare Sicherheit' ist, denn ohne Stilllegungskriterien kann die Seilschaft Betreiber/Behörden den Weiterbetrieb der Schweizer AKW bis zur Katastrophe hinausschieben.

Geheimniskrämerei:
Noch immer eine Eigenschaft der CH-Atomüberwacher

Mittwoch, 26. Juni 2002

Die Medien empfangen folgende Communiqués: Die Atomüberwacher der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK und das AKW Leibstadt KKL geben „unabhängig voneinander" eine Mitteilung über einen „Storfall" heraus. Beide Seiten lassen 7 Sätze mit folgendem Inhalt verlauten.

1. Schnellabschaltung am Mittag, 26.6.2002 im AKW **Leibstadt**
2. Grund: Spannungsunterbruch nach einer Batterieprüfung
3. Das AKW verhielt sich mit der Schnellabschaltung auslegungsgemass (das heisst, die automatische Abschaltung war zwingend und erfolgte automatisch)
4. Das „Ereignis wurde den Überwachungsbehörden gemeldet
5. HSK-Vertreter waren zur Zeit vor Ort (dies schreibt nur die HSK)
6. Es wurde keine unzulässige Verseuchung beobachtet (nur HSK)
7. Detaillierte Abklärungen werden gemacht werden (nur HSK)
8. Das AKW soll am Abend wieder ans Netz gehen

Vorwurf Nummer 1

Eigentlich könnten wir denken, dieses Communiqué sage genügend aus. Die Bevölkerung nimmt's zur Kenntnis, und das ist doch richtig so. Aber Halt, was ist die Aussage dahinter? Schaut her! Es ist etwas passiert - sogar nur etwas Kleines, und wir melden es. Und schaut her! Dieser Vorfall ist wie vorgesehen beherrscht und hat Euch nichts gemacht.
Information=Beschwichtigung. Seit Harrisburg und Tschernobyl (dort durften zusätzlich noch die kriminellen Kommunisten herhalten) läuft diese ideologische Maschine auf Hochtouren. Je ungefährlicher der Unfall, desto dankbarer für beide Seiten. Ein anderes Beispiel geben wir weiter unten an.
Trotz der generösen Offenheit gefallen gewisse Dinge in obiger Mitteilung gar nicht. Unsere Fragen sind konkret:
Um welche Batterien hat es sich gehandelt? Wo fand der Spannungsunterbruch statt?
In welchem technischen Zusammenhang stehen diese Batterien, welche Systeme sind davon abhängig? Gibt es unter diesen Not-Systeme?
Wer hat den Defekt bemerkt, bzw. nach der Schnellabschaltung diagnostiziert?
Was sind die Fragestellungen der weitergehenden Abklärungen (technisches-menschliches Versagen)? Wann müssen diese Abklärungen abgeschlossen sein (Dringlichkeit des Problems)?
Was haben die HSK-Mitglieder vor Ort gemacht?

Einwände und Zweifel

Einige mögen denken: Was soll dieses Getue! AKW sind schon längst als zerstörende Technologie und Machtzentren nachgewiesen. Nur noch Aktionen - wie etwa im Wendland gegen die Atomtransporte - bringen die Abschaltung aller AKW in Griffnähe.
Andere denken: Gut so, die Kritik an den Behörden weicht das Machtgefüge nach und nach auf. Damit wird auch die Grundlage für den Weiterbetrieb unterhöhlt. - Zu diesen Vorstellungen gehört wohl die taktische Variante: Möglichst das Thema 'Atom' in den Medien halten, nächstes Jahr kommen schliesslich die Anti-Atom-Initiativen zur Abstimmung.
Wir geben zu: eine „aktivistische" Anti-Atom-Politik ist in der Schweiz nach der „Mühleberg-Abstimmung" 1992 nicht mehr zustande gekommen. Das Initiativen-Getue war Folge und Vereinnahmung zugleich. Diese Initiativen - MoratoriumPlus (verstärkte Form und Verlängerung des bisherigen Moratoriums) und gezielter Ausstieg, sind wie schon gesagt 2003 auf der Tagesordnung. Wir unterstützen sie - jetzt - mit all unseren Mitteln. Vorbehalte zu den Initiativen spielen in der jetzigen Situation keine Rolle mehr. Aber wir gehen über die politische Illusion von Restlaufzeiten für die bestehenden AKW hinaus und weisen auf die unmittelbare Gefahr und auf die zerstörerische gesellschaftliche Gestaltung dieser Macht-Technologie hin: Stilllegung, sofort!

Wir geben zu: Wir haben uns in der letzten Zeit schwergewichtig auf die Technik eingelassen. Wir haben den Balanceakt zwischen Behördengesprächen und der Auseinandersetzung auf der Strasse gewagt. Nicht als Profi-Organisation, sondern als Leute, die zum einen Teil technisch was drauf haben, aber doch wissen, dass Politik nicht an übermächtigen unverrückbaren Tischen (sie sind gar nicht grün...), sondern in der Öffentlichkeit gemacht werden muss. Unsere „hohen" Gespräche haben wir zumindest in den Bulletins immer publik gemacht. Wir sind keine politischen Karriereheinis oder -heidis. Wir stehen einfach hin und sagen, was wir sind und wollen: Politik in erster Person!

Sonntag, 7. Juli 2002

Medienmitteilung des AKW **Gösgen** KKG: Die Revisionsarbeiten wurden nach einer Verzögerung durch einen Störfall abgeschlossen. Es wurde bekannt gegeben, dass am 1. Juli beim ersten Aufstarten 2 Dichtungsringe am Reaktordruckbehälter entdeckt worden waren, welche korrodiert und deshalb undicht waren. Die HSK verschweigt diesen Vorfall. Sie liess am 28.6. verlauten: „Die HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) hat dem Kernkraftwerk Gösgen am Donnerstag, 27. Juni 2002 die Freigabe zum Wiederanfahren für den 24. Betriebszyklus erteilt. Das Werk war vom 8.-27. Juni abgestellt, um Revisionsarbeiten auszuführen und Brennelemente auszuwechseln. Die HSK hat die Revision verfolgt und gezielte Inspektionen vorgenommen. Sie hat sich überzeugt, dass die Arbeiten und Prüfungen ordnungsgemäss abgeschlossen und die Vorschriften für den Strahlenschutz eingehalten wurden".

Kleine Meldungen
und was soll daran so wichtig sein?

Erstens: Aufschlussreich ist einmal, dass die HSK so willkürlich so genannte „Ereignisse" publiziert oder eben nicht publiziert. Damit zeigt sie, dass sie Unfälle und Unfallverläufe nicht einmal so ernst nimmt wie die betreffenden AKW-Betreiber. Schlimmer noch: Indem sie lediglich die Lobhudelei über Revisionsüberwachung in Gösgen stehen lässt, vom Unfall aber nichts berichtet, führt die HSK uns immer wieder an der Nase herum.
Zweitens: Neben der Melde-Willkür ist auch sonst kein System in den Veröffentlichungen der Unfälle zu finden. Zwar wird vermerkt, dass Untersuchungen gemacht werden. Was aber das Ergebnis ist, wird nachträglich nicht mitgeteilt. Unfälle haben offenbar keine Geschichte.
Drittens: Störfallmeldungen erfolgen nicht nach einem Standard. Die Meldungen auf der Homepage der HSK reihen sich in die allgemeinen Communiqués ein, als ob eine Erfolgsstory gleich zu setzen wäre mit einem Unfall. Es ist bekannt, dass die Ursache selbst von kleinen Unfällen etwas selten oder nie Dagewesenes ist; manchmal ist sie auch ein Fehlverhalten von Angestellten. Beides ist wichtig auszuwerten und einzustufen.
Viertens: Störfallinformationen werden bei der HSK als Medienmitteilungen dokumentiert. Es gibt auf der Homepage keine besondere Rubrik, auf der die „Ereignisse" vermerkt sind, unabhängig von der Meldung, welche an die Medien übermittelt wurde.

In dieses Bild passen auch die willkürlichen Berichterstattungen über die Kernmantelrisse im Reaktor-Innern des AKW Mühleberg. 1998 wurde von der HSK - nach der von BR Leuenberger angeordneten „Expertise" des TÜv - erstmals eine etwas ausführlichere Stellungnahme der HSK nach der Jahresrevision im AKW publiziert. 1999 folgte eine analoge Erklärung: der Text war dermassen allgemein gehalten, dass ca 80% deckungsgleich mit dem Vorjahresbericht waren. (Im übrigen ist der Text von 1998 jetzt von der Homepage der HSK verschwunden!) Lediglich die Messergebnisse wurden aufdatiert: Der Kernmantel hat 9 Rundnähte und 8 Längsnähte. Über den Prozentsatz der Ausmessungen und die vollumfänglichen Resultate wurde und wird heute noch nichts gesagt.

Der gesetzliche Auftrag der HSK

Gesetzlich ist eigentlich nirgendwo festgehalten, dass die Bevölkerung über die Atomenergie in der Schweiz informiert werden muss. Dementsprechend waren auch die Jahresberichte bis zur Katastrophe von Tschernobyl geheim. Eine starke Bewegung und die unzähligen besorgten Anfragen der Bevölkerung haben dann ein Stück Demokratie erwirkt. Denken wir daran: Bis 1975 wurden trotz

gesetzlicher Vorschrift des „Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren" kein einziges Atomgesuch und keine einzige Bewilligung publiziert!

Der erste Jahresbericht der HSK umfasste 66 Seiten. Heute sind die Ausgaben 120 Seiten dick, und die HSK sieht ihren Informations-Auftrag folgendermassen. „Die HSK informiert über die Belange der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes sowie über ihre eigene Tätigkeit. Sie nimmt diese Aufgabe sowohl im Normalbetrieb als auch bei Vorkommnissen in schweizerischen Kernanlagen wahr. Sie ist bestrebt, die Öffentlichkeit sachlich, rasch und offen zu informieren"
Viele Argumente und Vorwürfe in unseren Einsprachen und Auseinandersetzungen mit den Behörden haben sich auf kleinere und grössere Publikationen der HSK bezogen. Wer gefordert ist, sich zu äussern, wird transparenter und dadurch angreifbarer. Das ist der Zweck von Kritik und Kampf um Öffentlichkeit in der bürgerlichen Demokratie. Der Kampf um die Stilllegung der Atomanlagen, das wissen wir alle, benötigt sehr viel mehr.

Internationaler Vergleich

Nehmen wir für 4 Länder die USA, die BRD, Frankreich und Japan das Beispiel BRD. Alle sind als Atomgiganten bekannt. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
http://ww.bmu.de.
(Weitere Links siehe AMüs-Homepage)
Standards sind nachstehende Rubriken.
Atomkraft
Nuklearsicherheitsfragen
Meldepflichtige Ereignisse in Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen in der BRD, 1. Quartal 2002/HB 2001

Vorbemerkung
1 Überblick
1.1 Atomkraftwerke
1.2 Forschungsreaktoren
2. Meldepflichtige Ereignisse der behördlichen Kategorie S (Sofortmeldung)
3. Meldepflichtige Ereignisse der behördlichen Kategorie E (Eilmeldung)
4 Meldepflichtige Ereignisse der internationalen Bewertungsstufe 1 und höher (INES)
5. Übersichtsliste Atomkraftwerke für das 1. Quartal 2002
5.1 Atomkraftwerke in Betrieb
5.2. Atomkraftwerke in Stillegung
6. Übersichtsliste Forschungsreaktoren für das 1. Quartal 2002
6.1. Forschungsreaktoren in Betrieb
6.2 Forschungsreaktoren in Stillegung
usw.

Vielleicht holen Sie sich detailliertere Informationen in der Bar neben dem AKW... oder Sie empfehlen Ihren Bekannten ein Abo fürs AMüs-Info!

Einige werden sich erinnern: 1986 hat die 'Aktion Mühleberg stilllegen' die **unabhängige Radioaktivitäts-Messung in der Mühleberg-Zone** von André Masson übernommen und mit zusätzlichen, selbstgebauten Messgeräten ausgeweitet. Um die Bevölkerung unabhängig von BKW und Behörden informieren zu können, wurde das **rem-Bulletin** herausgegeben. Später kümmerte sich eine eigenständige Gruppe sowohl ums rem-Bulletin als auch um die Wartung und Ablesung der Messgeräte. Nun haben sich einerseits die Behörden zu einer besseren Information aufgerappelt und andererseits haben auch die rem-AktivistInnen Ermüdungserscheinungen: jahrelange unbezahlte Schattenarbeit zehrt an den Kräften! Ein **gedrucktes rem-Bulletin wird nicht mehr erstellt** werden. Angestrebt wird nun eine **WebSite**, auf welcher die Messdaten abrufbar sind. In einer zweiten Phase sollen die Daten von neuen Messstationen aus direkt auf einen zentralen Rechner übermittelt werden, der die gesamten Werte periodisch (z.B. täglich) verarbeitet und die WebSite aktualisiert.
Das rem-Team ist für Hinweise auf **kostengünstige Realisierungsmöglichkeiten** dankbar und benötigt selbstredend ebenso Spenden wie wir.
Adresse: rem, Postfach 824, 3000 Bern 7 // rem-Postscheckkonto Bern 30-29731-2

Shake it

Nevada. 19.06.2002. Das geplante Endlager der USA für hochradioaktiven Abfall im Yucca Mountain, Nevada, wurde von einem Erdbeben heimgesucht. Das Epizentrum befand sich nur knapp 19 Kilometer östlich von der Lagerstätte. Das Erdbeben erreichte eine Stärke von 4,4 auf der Richter-Skala. Nach offiziellen Angaben habe es keinen Schaden an den Probe-Einrichtungen oder dem Untergrund gegeben. Der US-Kongress entschied sich im Sommer 2002 für dieses Lager, das von den EinwohnerInnen und politischen VertreterInnen Nevadas abgelehnt wird. Wie viel Klugheit hinter der Entscheidung steckt, ein unterirdisches Atomlager in eine geologisch aktive Region zu legen, hat sich ja nun gezeigt. Yucca-Mountain als Standort beruht einzig auf politischem Interesse, nicht auf wissenschaftlicher Erkenntnis. EinwohnerInnen verweisen auf die vulkanische Aktivität und Grundwasserschwankungen der Gegend. Daher könne auch das Eindringen von Feuchtigkeit in das Endlager nicht ausgeschlossen werden. Citizen Alert, eine örtliche Anti-Yucca-Mountain-Gruppe, ist von den offiziellen Angaben zur Sicherheit des Endlagers nicht überzeugt. "Diese Gegend hat eine lange Geschichte von Erdbeben. Im Jahre 1932 wurde dabei sogar die Stärke 7,1 auf der Richter-Skala erreicht", teilte die Gruppe mit.

// EXITing.

Castor.de

Etappensieg für Atomkraft-GegnerInnen: Im Rechtsstreit um die Domain castor.de hat das Landgericht Essen die Klage der Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) abgewiesen. Die GNS klagte gegen Atomkraft-GegnerInnen, die über die Domain castor.de Informationen über Atomtransporte verbreiten. Die GNS berufte sich in der Klage darauf, dass sie die Inhaberin der Marke Castor sei. Die GNS organisiert Castor Transporte für Deutsche Atomkraftwerke.

Finnland billigt Atom-Ausbau

Der finnische Reichstag hat den Ausbau der Atomkraft gebilligt. Damit wird zum ersten Mal seit der Katastrophe von Tschernobyl 1986 in einem EU-Land ein neuer Atomreaktor in Auftrag gegeben. Bei der Abstimmung im Parlament in Helsinki sprachen sich 107 Abgeordnete für und 92 gegen den Bau des fünften Reaktors in Finnland aus. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Paavo Lipponen begrüßte die Entscheidung. Finnland könne nun auch die eigenen Verpflichtungen aus dem Klimaprotokoll von Kioto zur Begrenzung von CO_2-Emissionen einhalten. Als Sprecherin der AtomkraftgegnerInnen empfahl Umweltministerin Satu Hassi von den Grünen ihrer Partei, die 1995 unter Lipponens Führung gebildete Koalition zu verlassen. Dieser Regenbogenkoalition gehören neben Sozialdemokraten und Grünen auch die Konservativen, die Linkspartei und die Schwedische Volkspartei (der schwedisch- sprachigen Minderheit in Finnland) an. Der jetzt genehmigte Reaktor soll privat finanziert werden, zwischen 1,7 und 2,5 Milliarden Euro kosten und von 2008 an Energie liefern. Die vier vorhandenen Reaktoren in den beiden Kraftwerken Olkiluoto und Lovisa decken bisher knapp ein Viertel des finnischen Strombedarfs. Umweltministerin Hassi verlangte vor der Abstimmung die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie.

Schweden steigt aus

Schwedens Regierung will den Ausstieg des Landes aus der Atomkraft nach deutschem Vorbild abwickeln. Wie Wirtschaftsminister Björn Rosengren in Stockholm ankündigte, sollen 'die Möglichkeiten für ein ähnliches Übereinkommen wie in Deutschland' geprüft werden. Am Ende sollen - wie beim Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Atomindustrie - freiwillige Vereinbarungen stehen. In dem skandinavischen Land decken vier Atomkraftwerke mit zusammen elf Reaktoren derzeit 45% des Strombedarfs. Rosengren erklärte, er erwarte die schrittweise Abschaltung «über 30 bis 40 Jahre». Auf die Frage, ob er diese Frist vom Tag der Inbetriebnahme des jeweiligen Reaktors an rechne, meinte der Minister: «Ich glaube, es wird von heute an gerechnet 30 Jahre dauern, eine Alternative zur Atomkraft zu finden.» Die Verhandlungen mit den Kraftwerksbetreibern sollen im kommenden Jahr beginnen. Schwedens Bevölkerung hatte sich bereits 1980 bei einem Referendum für den Ausstieg aus der Atomkraft ausgesprochen. Zu einem verbindlichen Ausstiegsplan kam es danach nicht, bis die sozialdemokratische Regierung Mitte der neunziger Jahre gegen erbitterten Widerstand des Kraftwerksbetreibers Sydkraft die Schließung von einem der beiden Reaktoren des Kraftwerkes Barsebäck bei Malmö für 1999 verfügte. Dem neuen Energieplan zufolge will die Regierung an ihrem Plan zur Abschaltung des zweiten Reaktors im Jahr 2003 ohne Verhandlung mit dem Betreiber festhalten.

Atomkraft Renaissance

Weltweit sind 42 AKW im Bau und 142 weitere geplant. Für Deutschland zeichnet sich statt Ausstieg ein Ausflaggen der Atomkraft in Staaten mit niedrigem Sicherheitsstandard ab. Da werden sich Edmund Stoiber und Georges W. Bush aber freuen! Denn beide setzen auf Atomkraft. Die Atomenergie steht womöglich vor einem weltweiten Comeback. Etliche der 438 AKWs, die derzeit auf dem ganzen Globus in Betrieb sind, blieben zudem länger am Netz als ursprünglich vorgesehen. Dadurch wächst die Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Gemäss Ermittlungen von Greenpeace wird sich die Menge hochradioaktiven Atommülls bis 2020 auf 500.000 Tonnen verdoppeln. Aus diesen Abfällen ließe sich genug Plutonium für 500.000 Atombomben gewinnen.

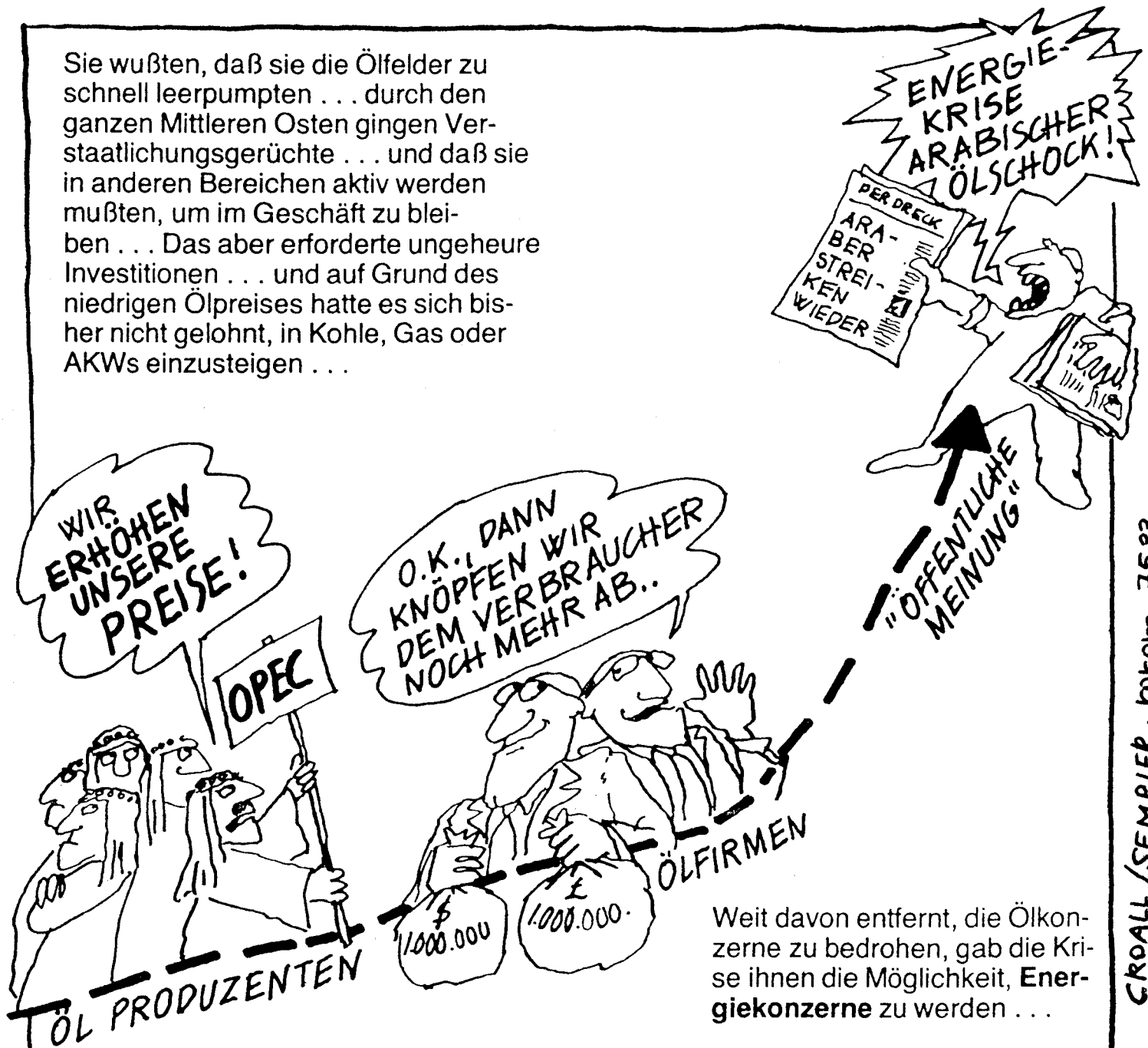
Als Motive für eine mögliche nukleare Renaissance nennt Greenpeace nationales Prestige, das vor allem in Asien eine Rolle spiele, wo derzeit die meisten AKW entstünden, sowie strategische Erwägungen. Die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie erleichtere ambitionierten Staaten den Aufstieg zur militärischen Nuklearmacht. Die USA wiederum setzten auf den Ausbau der Atomkraft, um die „Abhängigkeit vom Öl aus den Krisenregionen des Nahen Ostens zu verringern".

Wirtschaftlich rechnen sich neue AKW nicht: moderne Gaskraftwerke gleicher Leistung ließen sich in einem Drittel der Zeit und zu einem Viertel der Kosten bauen.

ANATOMIE EINER ÖLKRISE . . .

1973 jagten die arabischen Ölproduzenten die Basispreise um 400 Prozent nach oben . . . und das „schwarze Gold", das den rapiden industriellen Aufbau des Westens angetrieben hatte, wurde für den Verbraucher plötzlich um 50 Prozent teurer . . .

Sie wußten, daß sie die Ölfelder zu schnell leerpumpten . . . durch den ganzen Mittleren Osten gingen Verstaatlichungsgerüchte . . . und daß sie in anderen Bereichen aktiv werden mußten, um im Geschäft zu bleiben . . . Das aber erforderte ungeheure Investitionen . . . und auf Grund des niedrigen Ölpreises hatte es sich bisher nicht gelohnt, in Kohle, Gas oder AKWs einzusteigen . . .



Weit davon entfernt, die Ölkonzerne zu bedrohen, gab die Krise ihnen die Möglichkeit, **Energiekonzerne** zu werden . . .

DAS FAZIT DER ÖLKRISE . . .

Atomenergie schien die beste Anlage zu sein . . .

Sie versprach größere Profite als die Kohle

In der Atomindustrie gab es keine gewerkschaftliche Militanz . . . während die Bergleute wachsenden Widerwillen zeigten, für die Bosse zu sterben

Die Uranreserven lagerten in politisch ‹sicheren› Ländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und . . . äh . . . dem südlichen Afrika

FORTSETZUNG 2003?

Euratom Vertrag: die Energie- und Atompolitik der EU

Zurzeit wird kontrovers über die Abschaffung oder zumindest die Reform der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM diskutiert. UmweltschützerInnen fordern schon seit Jahren die Auflösung der Organisation. Die Atomlobby will den EURATOM-Vertrag natürlich unverändert beibehalten.

PROTZ, PROFIT & POSSE?

HISTORIE

Es begann alles ganz feierlich im Konservatoren-Palast auf dem Kapitol in Rom, als Konrad Adenauer gemeinsam mit den Regierungschefs Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten die Verträge zur Gründung von Euratom sowie zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichneten. Das war am 25. März 1957. Bis heute bilden diese beiden Verträge die rechtliche Grundlage für die Europäische Union. Während der EWG-Vertrag jedoch nicht zuletzt durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam permanent weiterentwikkelt wurden, blieb der EURATOM-Vertrag über 45 Jahre lang beinahe unangetastet. Der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen, ist Euratom heute noch eine Gemeinschaft, die um Intransparenz bemüht ist und sich quasi vor den BürgerInnen ihrer Mitgliedstaaten verbirgt. Im Schatten der Öffentlichkeit spielt sie dennoch eine erhebliche Rolle in der europäischen Energiepolitik. Die sechs Gründerstaaten schlossen den EURATOM-Vertrag laut Präambel "in dem Bewusstsein, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt, ... und die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie schafft, welche zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt".
Dieser "Wohlstand der Völker" der 15 EU-Staaten - die via EU-Beitritt auch EURATOM-Mitgliedstaaten sind - sowie ihrer Nachbarstaaten, ist jedoch permanent bedroht vom Betrieb der 147 kommerziellen Atomreaktoren, den atomaren Wiederaufarbeitungsanlagen (wie in Sellafield und La Hague) sowie den zirka 100 000 Tonnen Atommüll aus abgebrannten Brennelementen in der EU (jährliche Zunahme um rund 5700 Tonnen).

WHO 'S WHO

EURATOM = Europäische Kommission

Wahrgenommen werden die im EURATOM-Vertrag formulierten Aufgaben in erster Linie durch die Europäische Kommission, die "Hüterin der Verträge". Wie ein Archipel sind die einzelnen Institutionen, die ihre Legitimation aus dem EURATOM-Vertrag beziehen, über die gesamte Europäische Kommission verstreut.

Kreditanträge

Die Anträge auf Gewährung von EURATOM-Krediten werden von der Abteilung "Finanzoperationen" in der Generaldirektion Wirtschaft (Pedro Solbes) bearbeitet. In den Jahren 1978-1988 wurden rund 50 Kredite von insgesamt 2,8 Milliarden Euro an Atomfirmen vergeben. Seit 1989 blieben die Anträge mangels Bauvorhaben von AKW aus. 1994 wurde durch den EU-Ratsentscheid die Ausdehnung auf Projekte zur „Verbesserung der Sicherheit" von AKW in Osteuropa vorgenommen. Alle zur Zeit im Bau befindlichen AKW in Osteuropa, einschließlich Russland, werden über EURATOM-Kredite mitfinanziert. (Auch die Schweiz hat als Nicht-EU-Land beträchtliche finanzielle Unterstützung geleistet).

Sicherheitsüberwachung

Das Amt für Sicherheitsüberwachung mit Sitz in Luxemburg hat zum Ziel, die Kontrolle und Verwendung von Atommaterialien zu „friedlichen" Zwecken zu kontrollieren. Dieses Amt der EU-Kommission, das der Generaldirektion Energie unterstellt ist, hat die unmögliche Aufgabe, die auf dem Territorium der EU befindlichen 530 Tonnen Plutonium, 9,8 Tonnen hoch angereicherten und 313 000 Tonnen schwach angereicherten Urans zu überwachen! Das Atommaterial verteilt sich auf rund 800 Atomanlagen in der EU.

EURATOM-Forschung

Die Europäische Kommission, Generaldirektion Wissenschaft, entwickelt die Fünfjahrespläne, die sogenannten Forschungsrahmenprogramme. Derzeit (2002 bis 2006) läuft das 6. Forschungsrahmenprogramm an, das vom Forschungsrat bestätigt und vom Europaparlament mit insgesamt 17,5 Milliarden Euro bewilligt wurde. Die EURATOM-Forschung erhält 1,23 Milliarden (7,6 Prozent), also durchschnittlich 246 Millionen Euro pro Jahr. Das ist noch nicht alles. Neben 330 Millionen Euro für die weitere Forschung im Bereich der Atomspaltung und 150 Millionen Euro für die Erforschung von Atommülllagerung sollen 700 Millionen Euro für die weitere Erforschung der kontrollierten thermonuklearen Fusion aufgewendet werden.

Europäische Versorgungsagentur (ESA) in Brüssel, gegründet 1960

Mit einem Jahresbudget von 200'000 Euro und ebenfalls der EU-Generaldirektion Energie unterstellt, verfügt ESA über ein Bezugsrecht für Uranerze und besondere spaltbare Stoffe (Plutonium), die im Gebiet der Mitgliedstaaten erwirtschaftet werden, sowie über das ausschließliche Recht, Verträge über die Lieferung dieser Stoffe aus Ländern innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen. In den Jahren 1991-2000 hat die Europäische Kommission auf Grundlage des EURATOM-Vertrags insgesamt 966 Millionen Euro für die Erhöhung der nuklearen Sicherheit in der ehemaligen Sowjetunion ("Tacis"-Programm, 774 Millionen) und Mittelosteuropa ("Phare"-Programm, 192 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt. Der Europäische Rechnungshof kam aber in seinem Sonderbericht vom November 1998 zu einem vernichtenden Urteil:

Unklarheit in der Strategie, Verschwendung und Veruntreuung von Mitteln sowie Nutzlosigkeit von millionenschweren Studien sind die Hauptkritikpunkte des Rechnungshofs. So heißt es abschließend: "Das bunt zusammengewürfelte und häufig wechselnde Personal des für die Programme zuständigen Referats, unzulängliche Instrumente für die Projektverwaltung und buchmäßige Erfassung sowie eine zu nachlässige Verwaltung gestatteten es der Kommission nicht, die Maßnahmen in zufriedenstellender Weise zu überwachen, die Probleme rasch zu behandeln und die Qualität der Leistungen der Auftragnehmer zu überprüfen." Tacis wird heute von der Generaldirektion Außenbeziehungen und Phare von der Generaldirektion Erweiterung koordiniert.

SONSTIGE EURATOM-STRUKTUREN

Abteilung EURATOM-Koordination

Die Abteilung *'EURATOM-Koordination'* in der Generaldirektion Energie hat die interne Vernetzung der EURATOM-Strukturen sowie die Aushandlung bilateraler Verträge zwischen EURATOM und einzelnen Staaten zur Aufgabe. Bisher gibt es Verträge zur „friedlichen" atomaren Zusammenarbeit mit Kanada, Australien, den USA, Russland und Argentinien. Weitere Abkommen mit Japan, China, der Ukraine, Kasachstan und Usbekistan werden zur Zeit ausgehandelt.

Abteilung Atomenergie

Die *'Abteilung Atomenergie'*, früher unter der Generaldirektion Umwelt, heute unter der Generaldirektion Energie, erarbeitet unter anderem EU-Richtlinien zu den Bereichen Atommüll, nukleare Rückstellungen und Transporte sowie das nach 1966, 1984, 1990 und 1997 fünfte "Hinweisende Nuklearprogramm" (PINC) zur Definition der aktuellen Herausforderungen für die Atomkraft in Europa.

Abteilung Strahlenschutz

Die *'Abteilung Strahlenschutz'* der Generaldirektion Umwelt definiert und überwacht Strahlenschutzstandards für das Personal in Atomanlagen sowie für die Bevölkerung. Diese wichtige

Abteilung ist nicht nur mit einem Jahresbudget von unter einer Million Euro chronisch unterfinanziert, sondern wird vermutlich in den kommenden Monaten an die Generaldirektion Energie abgegeben werden, was ihre Unabhängigkeit ernsthaft bedroht.

AKTUELL

Am 12. September 2002 gab es eine Konferenz in Brüssel. Organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) und der Heinrich Böll Stiftung (Grüne). Daran teilgenommen haben alle Europäische Union (EU) -Institutionen, einschließlich EURATOM, Atomlobby, Umweltverbände sowie NGOs aus Europa und den USA. Rund 120 Menschen waren auf der Konferenz.
Am 13. September 2002 gab es ein weiteres Treffen in Brüssel mit NGOs, aber über Ergebnisse und Beschlüsse ist nichts bekannt.

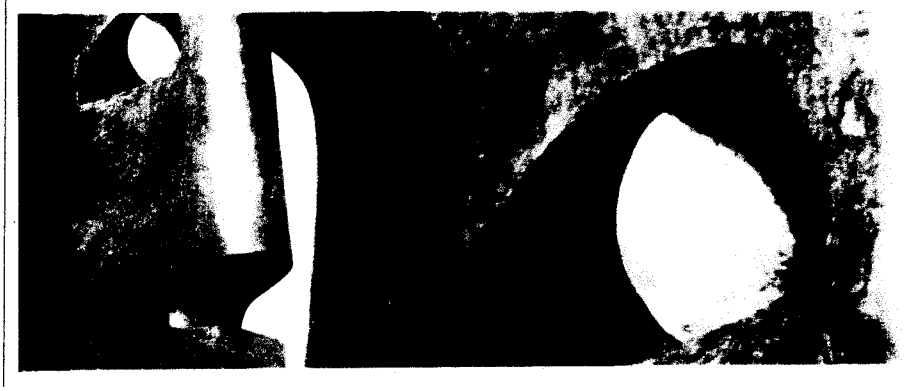
Atomprogramm

Zurzeit gibt es nur vier EU-Länder die am Atomprogramm festhalten. (Frankreich, England, Finnland, Spanien). Aber nur in Finnland soll ein neues Atomkraftwerk gebaut werden. Trotz aller jahrelangen Ankündigungen werden in den drei anderen Ländern keine AKW in Angriff genommen.

Ausstiegsprogramme

Ausstiegsprogramme oder besser gesagt eine Betriebslaufzeitbeschränkung für AKW haben Schweden, Belgien, Niederlande und Deutschland mit Atombetreibern vereinbart und beschlossen. Auf die unterschiedliche Nicht-Umsetzung gehen wir hier nicht ein.
'Nein zu AKW' wurde per Volksentscheid in Österreich*, Italien*, Dänemark*, Portugal, Griechenland, Luxemburg* und Irland* durchgesetzt.

Der weitere Fahrplan der Europäische Union (EU) sieht so aus, dass im November/Dezember 2002 in Kopenhagen (?) der EU-Rat endgültig entscheiden wird. Die EU-Kommission will in Zukunft über die Sicherheitsstandards von AKW, Rückstellungen, und über die Endlagerung von Atommüll entscheiden. Zur Energieversorgung der EU hat die EU-Kommission im Sommer ein Grünbuch verabschiedet, darin steht u.a. das die Atomenergie angeblich zum Klimaschutz beiträgt. Die Option der Atomenergie wird offen gehalten. Das empfiehlt die Kommission den EU-Mitgliedstaaten. Somit ist die EU-Kommission zum verlängerten Arm der Atomlobby mutiert.



Das mit dem Klimaschutz-durch-Atomkraft ist eine glatte Lüge und Behauptung, die schon mehrfach und kompetent widerlegt worden ist. Trotzdem hält die EU-Kommission daran fest. Sie wird zum weiteren Ausbau von Atomanlagen in der erweiterten EU blasen. In welcher Form das EU-Parlament daran beteiligt ist, ist nicht bekannt. Die Vergabe der EURATOM-Finanzmittel sollen erheblich ausgeweitet werden, im Gespräch sind 2 Milliarden Euro pro Jahr und neue AKW. So will Frankreich einen European Pressurized Reactor (EPR) bauen, eine sogenannte Weiterentwicklung von Atomkraftwerken.

EU- Atom Erweiterung

Das ganze ist im Zusammenhang mit der EU Erweiterung 2004 um zehn neue Mitglieder zu sehen (Türkei, Rumänien und Bulgarien sollen später noch dazu kommen). Der EU-Konvent (darin sind alle EU-Länder und alle EU-Institutionen nach einem bestimmten Schlüssel vertreten sowie alle neuen Länder, die der EU beitreten wollen) strukturiert um: alle EU Institutionen, Gesetze, Verordnungen usw. müssen für und mit den neuen Beitrittsländer geändert und fit gemacht werden. Die neue EU-Verfassung wird ebenfalls im Konvent zurzeit erarbeitet. Der EU-Rat, EURATOM und der europäische Wirtschafts- und Finanzminister Ecofin müssen dem ganzen Kram in Einstimmigkeit zustimmen.

Von den neuen Mitgliedern haben keine AKW: Polen, Zypern, Malta, Estland, Lettland. Atomanlagen haben Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Litauen. Ein Parlamentsbeschluss für Ausstieg und Stillegung von Ignalina I (2005) liegt vor, Ignalina II ist unklar, beide AKW sind ein Tschernobyl Typ, die will die EU nicht haben.

Rumänien und Bulgarien bauen an ihren AKW weiter mit Hilfe von EU Krediten aus dem EURATOM-Vertrag. Sie werden die Kredite aber niemals zurückzahlen können. Die Energie soll in die EU exportiert werden. Euro Devisen winken. Das Geld wäre in den beiden Ländern besser in alternative Energieversorgung und in Energiesparmaßnahmen angelegt worden, da das in jedem Fall mehr Arbeitsplätze und weniger Risiko schafft.

Atomenergie deckt nur gerade 7% unseres Energiebedarfs

Ein Blick über den Tellerrand von Europa zeigt, dass die Atomenergie keine Zukunft hat und schon gar nichts zum Klimaschutz beitragen kann. Atomenergie produziert heute nur etwa sieben Prozent der kommerziellen Energie in der Welt, d. h. vielleicht drei bis fünf Prozent der Endenergie. Das ist marginal und bleibt weit hinter Öl (40%), Kohle (26%) und Erdgas (24%) zurück. Außerdem: Es sind nur fünf der 185 UNO-Länder, die 70 Prozent des Atomstroms produzieren.

vielzuvielzuviel

trauer umfasst die erde
so viele verletzte geschundene
so viele kriege
so viele flüchtlinge
so viel hunger
so viele kinder ohne kindheit
so viele frauen ohne rechte
so viele pflanzen unter stress
so viele arten am verschwinden
so viele gedanken und
so viele anstrengung
für eine umkehr
eine gesundung
stehen scheinbar
ohnmächtig
gegenüber
so viel geld
in so wenigen händen

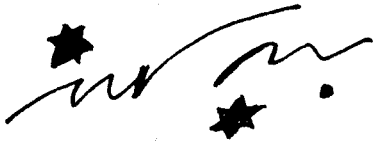
Zurück nach Europa und zum EURATOM-Vertrag. Da alle EU-Staaten diesen Vertrag ratifiziert haben, erfordert die Reformierung bzw. Abschaffung von EURATOM den Konsens aller Mitglieder. Dazu sind drei Dinge unabdingbar: Überzeugungskunst, Verhandlungsgeschick und viel, viel politischer Druck von allen Menschen in Europa, die sich für eine wirklich nachhaltige Energiewirtschaft und einen vertretbaren Verbrauch einsetzen wollen. Am 19./20.10.2002 wurde von der französischen Anti-AKW-Bewegung europaweit zu einem Konzert sowie Kundgebung in Strassburg vor dem Europa-Parlament eingeladen. Die Medien berichteten wie gewohnt spärlich über die Opposition.

Was bleibt ist, dass alle künftigen Generationen ungefragt und für alle Zeiten als Verwalterinnen des ewig strahlenden Atommülls herhalten müssen. Das Problem Atommüll wird bleiben. Vielleicht mutiert der homo sapiens zum homo furioso, der sich wütend fragt, was sich die Vorfahren nur dabei gedacht haben, als sie dieses strahlende Gift der Erde aufbürdeten.

■ ----------

Quelle: Dieter Kaufmann, Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Frankfurt a.M.
http://europa.de.int.comm/energy/nuclear/index_en.html

Wir sind gegen wirtschaftliches Diktat und wirtschaftliche Aufrüstung als Wettrüsten der EU mit den USA, auf dem Buckel der EuropäerInnen und auf Kosten der Völker der „Dritten Welt". Auch und gerade im Energie-Sektor!



was macht die Geschlechter-differenz im Mikrowellen-Herd?

1997 veröffentlichten Cynthia Cockburn und Susan Ormrod Schlussfolgerungen* über ihre Untersuchungen in Firmen, die Mikrowellenherde herstellen. Sie wollten etwas ziemlich Abstraktes konkret erfahren, nämlich, wie Technologieverhältnisse Geschlechterverhältnisse täglich formen und von diesen auch wieder verändert werden. Sie untersuchten die Produktelinie, oder den „Lebens-zyklus" eines Haushaltgerätes von der Konzeption über den Entwurf, die Produktion, den Vertrieb, Werbung und Marketing bis zum Kauf, der Benutzung und Servicewartung des Gerätes. Der Wirtschafts- und Sozialforschungsrat Grossbritanniens finanzierte acht parallele Studien in verschiedenen europäischen Ländern. Für England wurde der relativ neu auf dem Markt erschienene Mikrowellenherd unter die Lupe genommen, ein modernes Gerät, welches mit einer uralten Frauenarbeit zusammentraf, dem Kochen. Die beiden Autorinnen interviewten Hunderte von Angestellten, bis und mit VerfasserInnen von Mikrowellen-Kochbüchern, HauswirtschaftslehrerInnen, Mikrowellen-VertreterInnen und Hausfrauen, Wartungs-Techniker und Verschrottungs-Zuständige.

Während ihrer Arbeit rückte ein Thema immer mehr ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit: die Schaffung von ungleichem Wert. Sie haben - einmal mehr - feststellen müssen, dass Männer, männliche Attribute und Technik relativ wertvoll, Weibliches und Häusliches von der Gesellschaft gesehen relativ unwichtig sind.

Technikverhältnis

In der westlichen Kultur hat 'Technologie' etwas Mystisches oder tiefenpsychologisches, vielleicht weil man zuerst an Weltraum-Satelliten, Computer, Atomkraftwerke denkt, komplexe, mächtige, gefährliche und profitträchtige Erfindungen. Technologie beginnt aber im viel Alltäglicheren, im Machen, Herstellen, in der kontinuierlichen Entwicklung neuer Arbeitsabläufe und Vorgehensweisen und ihrer entsprechenden Geräte und Hilfsmittel, kurz: grundlegende Bestandteile der menschlichen Existenz.

„Mikrowellenherde sind direkte Nachkommen der militärischen Radartechnologie und waren für die Nahrungszubereitung in U-Booten der US-amerikanischen Marine entwickelt worden".

Judy Wajcmann: Technik und Geschlecht. Campus 1994. S.132

Zum einen haben Cynthia und Susan verfolgt, wie gewöhnliche Menschen ihre Mahlzeiten im Mikrowellenherd zubereiten. Zum anderen haben sie Menschen zugesehen, die diese Geräte herstellen, mit denen Andere kochen sollen, indem sie technisches Wissen, die Kenntnisse von der Hauswirtschaft, verschiedene Produktionstechnologien usw. miteinander kombinierten. Damit es auf der Ebene der Produktion zu einer Innovation kommt, muss es neue Aktivitäten und Erfindungen in zusammenhängenden Bereichen geben, z.B. in der Nahrungs-, Behälter- und Transportindustrie, die alle ineinander greifen bei einer neuen Technologie. Dieses ganze Zusammenspiel wird als Technologieverhältnis umschrieben, Verhältnis, weil in ihm die soziale Konstruktion stattfindet. Es handelt sich gleichzeitig auch um Klassenverhältnisse, da etwa die Kapitaleigner, die in die Mikrowellenproduktion und ihren Umsatz investieren wollen, die international billigste und effizienteste Arbeitskraft für die verschiedenen Aufgaben von Planung, Herstellung und Verkauf suchen. Ihre Kalkulation bezieht Klassenverhältnisse im KonsumentInnenmarkt ebenfalls mit ein. Nicht einmal die Material- und Transportkosten sind frei von Geschlechterunterschieden, und zwar über die unterschiedlichen Lohnkosten, die in den jeweiligen Preis mit eingehen.

Geschlechterverhältnis

Die Geschlechterverhältnisse gestalten die Technologie, da das soziale Geschlecht eine der Hauptstrukturen der sozialen Ordnung bildet. (Auch dann, wenn nur Personen desselben Geschlechts beieinander sind. Männer verhalten sich beispielsweise in männlicher Umgebung in einer Weise zueinander, die eine andere Männlichkeit zum Ausdruck bringt, als wenn sie es mit Frauen zu tun haben). Die Verfügbarkeit männlicher und weib-

licher Arbeitskraft - die jeweils bei den Interviews als Verkörperung geschlechtsspezifischer Stärken und Schwächen verstanden wurde - beeinflussten u.a. die Entscheidungen der elektro-technischen Produktion. Zur Ergänzung des (männlichen) Ingenieurswissens engagierten Unternehmer in der Entwicklungsabteilung (weibliches) hauswirtschaftliches Wissen, im Hinblick auf die Empfänglichkeit der Endverbraucherinnen. Während aber die Frauen mehr Wert legten auf einfache Bedienung und Kombinationsmöglichkeiten mit den vorhandenen traditionellen Kochgeräten, setzte sich die (männliche) Begeisterung für mehr und mehr technologisch komplizierte, ausgefeilte Modelle mit viel anfälliger Automatik durch.

Ein weiterer Schritt war dann die Ausgestaltung der Prospekte und die Platzierung der Geräte in den Verkaufsstellen: Die besten Plätze erhielten regelmässig die mit männlichen Werten behafteten Geräte, HI-FI-Anlagen, Fernseher/Videos, Autoradios usw., und das Fachwissen der Verkäufer erwies sich als viel umfangreicher und detaillierter.

Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 28.08.1998:
„Die Aussage, dass Mikrowellen Krebs erzeugen, ist rechtmässig!"

Untersuchungen an Haushaltgeräten ergaben immer wieder, dass aus den Koch-, Auftau- und Grillgeräten auch bei geschlossener Tür ein Sechstel bis ein Viertel mehr Strahlungsintensität frei wird, als die Grenzwerte vorschreiben.
Bei häufiger Anwendung der Geräte auf Gesichtshöhe können Erblindungen auftreten. Auf Bauchhöhe verursachen sie unter bestimmten Bedingungen (z.B.bei mehrstündiger Arbeit in Fastfood-Restaurants) Unterleibskrebs.

Paul Brodeur: Mikrowellen, die verheimlichte Gefahr. Augustus-Verlag, 1989ff u.a.

Identität

Identität kann als Konzept mit zwei Aspekten definiert werden: subjektive Identität, als vom Individuum erlebt und ausgemustert, und kulturell, gesellschaftlich produzierte Identitätsentwürfe, die unzähligen Individuen gleichermassen zur Übernahme ans Herz gelegt werden, mit denen Mann oder Frau sich identifizieren kann oder eben auch nicht. Die Mächtigkeit des Gegebenen gegenüber der Veränderung und Selbstbestimmung ist enorm. Geschlechtlichkeit befindet sich fast nie ausschliesslich auf der einen oder anderen Seite der Trennline männlich/weiblich. Abgesehen von den Verbindungen des Geschlechts mit anderen Identitäten, wie Klassen, Ethnien usw., gibt es auch interne Relationen: unterwürfige Weiblichkeit, autonomes Frausein, lesbische Identitäten.

Die materielle Positionierung des Individuums in den geschlechtsspezifischen Mustern der Arbeit - die Stelle in der Organisation, die erworbenen Fähigkeiten, die anerkannten Kompetenzen, die Alterspyramide usw. - beeinflusst ebenfalls täglich neu diese Identität. Die Technologie verleiht der Männlichkeit Wert. Die interviewten Frauen und Männer zeigten zu einem sehr hohen Anteil in ihren Antworten die Mehr-Bewertung des Männlichen. Machen, Herstellen, Produzieren - schnell und genau - und ebenso das Anwenden des Hergestellten im Tagesablauf (Wanderschuhe, Zentralheizung, Tampons, Kugelschreiber, Kontaktlinsen...) ist uns so nah und unersetzlich, dass anderen Tätigkeiten wie Fürsorge, Haus-Halten, Philosophieren, Beziehungs-Konfliktmanagement u.ä. einen untergeordneten, komplementären Charakter zugesprochen erhalten. Technologie, mit der wir uns auskennen, vermittelt Sicherheit, Technologie die uns überfordert oder einschüchtert, hinterlässt ein Unterlegenheitsgefühl. Die Untersuchung zeigte, dass sich Frauen wie Männer unglaublich und sehr zeitaufwendig bemühen, der Technologie 'Herr zu werden', um den Anschluss an die gesellschaftlichen Erfordernisse nicht zu verpassen. Diese 'Sicherheit' wird anschliessend erneut mit Männlichem assoziiert.

Die Herstellung von Mikrowellenherden zeigt eine grosse Arbeitsteilung. Für technische Kompetenz waren Männer zuständig, Frauen waren zu etwa 90% in Bandarbeit und Fertigungsanlagen angestellt. Diese Arbeitsteilung wurde von ebenfalls etwa 90% der Befragten als sinnvoll angesehen. Die Struktur innerhalb der Produktion wurde nur von wenigen Frauen oder Männern hinterfragt oder gar - mit allen nachfolgenden Problemen - durchbrochen. Anders verhielt es sich mit dem gesellschaftlichen Umfeld. Konsens bestand bei einer Mehrheit der befragten Frauen, dass in der Werbung nicht genug getan würde. Es sei halt nur ein zusätzliches Haushaltgerät, das insbesondere doppelt belasteten Frauen Zeit sparen könne. Es wurde auch bemängelt, dass die gesundheitlichen Risiken, wie sie von KritikerInnen ausserhalb (Umweltinstitute u.a.Org.)

angemeldet worden waren, zwar in der Herstellung der Geräte zu Schutzmassnahmen geführt habe, dass aber nicht ernsthaft abgeklärt, respektive öffentlich thematisiert worden sei, was eigentlich mit der Nahrung geschehe. Viele Mütter würden Babynahrung im Mikrowellenherd erwärmen. Ob dies langfristige negative Konsequenzen haben werde, wisse niemand so richtig.
Auch die speziellen Kochbücher für den Mikrowellenherd seien sehr schnell und lieblos produziert worden. Die Unwilligkeit des Elektro-Managements, Zeit und Geld in die Veröffentlichung zu stecken, rührte nach Meinung der befragten Frauen daher, dass der Kochvorgang als weiblich und daher als weniger wichtig angesehen wurde - obwohl darin der objektive Zweck des Herdes liegt!

Ringen mit der Technologie

Die Unterscheidung zwischen Technologie und Nicht-Techno-logie, zwischen dem Technischen und dem Sozialen, mit den Bedeutungen hartweich, wichtig-unwichtig, interessantuninteressant, männlich-weiblich, gut oder schlecht entlöhnt, zog sich durch die ganze Untersuchung. Unternehmer erklärten dabei, dass etwa Fliessband-Arbeiterinnen viel lieber für Männer als für Frauen arbeiten. Männer arbeiten auch lieber für Männer! Die materiale, verortende Geschlechterstruktur, die in der Unternehmenskultur allgegenwärtig war, gibt bestimmte Geschlechtsidentitäten in der Beziehung zur Technologie vor, und die Geschlechtersymbolik liefert dazu die Modelle und Vorstellungen, und perpetuiert sie.
Bei einigen Einzelhandelsketten gab es im Unterschied zur Produktionsstätte Gleichstellungsrichtlinien, nicht zuletzt dank der ausdauernden Informationspolitik der Gewerkschaften. Es waren Frauen ins Management aufgestiegen und diese versuchten durch gezielte Bildungsstrategien mehrheitlich vorhandene geschlechtsspezifische Vorstellungen und Verhaltensweisen aufzuweichen. Die Umsetzung ergab für die angestellten Frauen eine ökonomische Verbesserung und auch ein besseres Selbstwertgefühl. Der Einzelhandel ist näher dran als die Hersteller, weil sie mit den Anwender-innen konfrontiert sind. Allerdings haben sie infolge des rabiaten Wettbewerbs oft weniger wirtschaftlichen Spielraum. Die Situation in der Produktion verändert sich zudem: Zur Zeit der Untersuchungen bewarben sich keine qualifizierten Technikerinnen für Planung, Entwicklung oder Leitung. Aber es gab immer mehr junge Männer, die bereit waren, Fliessbandarbeit zu übernehmen.

Das Kapital hat Differenz gewittert

Drei Kräfte nehmen hier Einfluss auf Veränderung von Geschlechtlichkeit: Der Druck der Frauen selbst, das Interesse des Unternehmers an der profitabelsten Ausbeutung der Arbeitskraft sowie kapitalistische Marktprozesse. Werfen wir noch einen Blick auf dieses letzte Segment.
Der Verkauf von Konsumgütern ist mit der Individualisierung der KonsumentInnen stark angestiegen. Erwerbstätige Frauen geben zusätzliches Geld aus, auch für den berufsbezogenen Lifestyle. Die Werbung für Mikrowellenherde, für entsprechend geeignetes Essen und für elektrische Konsumgüter im Allgemeinen demonstriert, wie das Kapital mit Entwürfen von Geschlechtsidentität experimentiert um seine Interessen durchzusetzen: Der Verkauf ist zu erhöhen, die Konkurrenz auszuschalten, den Hang zum Neusten und ‚Geilsten' anzustacheln. Die Autorinnen haben dazu Zeitungs- und Fernseh-Anzeigen ausgewertet und Werbefachleute befragt. Wir sel-

ber können diese Trends tagtäglich mitverfolgen: z.B. wer die angepriesenen Geräte bedient (Mann, Frau, Autoritätspersonen, oder Kinder - 'kinderleicht', Investitionen, die sich lohnen). Sie bemühen sich, die Zielgruppe nicht unnötig einzugrenzen und nicht in gesellschaftspolitische Fallen zu tappen, indem man sich im Ton vergreift. Anders, wenn eine bestimmte Vorlage Identität ansprechen soll. Die untersuchten Hersteller haben sich den KonsumentInnen verschieden genähert: wo Frauen in der Werbung verwendet wurden, wurden sie überwiegend beim Kochen im familiären Kontext dargestellt. Wurden Männer verwendet, dann in drei Gestalten: Als anerkennender Konsument von Mikrowellen-Essen, als Interessent für Mikrowellen-Technologie oder als Küchenchef, also quasi als Experten. Ein Werbespot für Mikrowellen mit eingebautem Grill verweist auf tiefere Dimensionen: Sie zeigt zwei Männer mit einem Würstchen auf der Gabel, eines blass und wabbelig nach unten hängend. Das andere knusprig braun und nach oben zu einem Lächeln gebogen. Der Text beginnt: „Wenn sie ein Würstchen in der Mikrowelle braten, sollten sie was Knuspriges herausbekommen..." Ein Marketingleiter erklärte, dass Ehemänner und Kinder als diejenigen gelten, welche die Familien für den Wandel öffnen. Die Mütter und Ehefrauen geben dann nach und nach klein bei, müde des täglichen Geschtürms. Diesen Frauen muss dann nur noch das schlechte Gewissen über die fremdbereitete und wohl gesundheitlich nicht mehr optimale Kost genommen werden!

Treibend für die gewünschte Gestaltung der Geschlechterverhältnisse sind im Grunde wie überall: augenblicklicher Zeitgewinn, Erfolg, Geld, gesellschaftliches Ansehen - sofern sich mensch nicht bewusst dagegen verwahrt. Im alltäglichen Gebrauch ist praktisch jede Art von Technologie zweigeteilt. Es gibt eine relativ eindeutig definierte Sphäre, die dem Männlichen zugeteilt ist: Wissen, Entwickeln, Produktion und damit Destruktion des Vorangehenden und der Materie. Und es gibt einen diffusen Hinter-, Anwendungs-, Verwaltungs- und Verbrauchsbereich, der mit weiblichen Attributen vernetzt ist. Frauen brauchen aber Technologie für weibliche Lebensentwürfe, und nicht Technologie, die vereinnahmt und die von einem techno-wissenschaftlichen Profitsystem aufgezwungen wird. Das männliche Geschlecht läuft Gefahr, auf Grund der Art und Weise, in der die Männlichkeit in Anlehnung an die Technologie ausgebildet wird, den technologischen Projekten unhinterfragt Priorität und Gefolgschaft zu geben. So hat die männlichkeits-orientierte Gesellschaft der Atomtechnologie zu ihrem heutigen Dilemma verholfen.

Zu viele Frauen arrangieren sich mit menschenverachtender Technologie und identifizieren sich mit der konsumorientierten, energiehungrigen Gesellschaftsordnung. Oder ist es etwa sinnvoll, so simple Anforderungen wie warmes Wasser aufzubereiten oder Räume zu heizen mit Atomkraftwerken zu bewerkstelligen?

• die vollst. Untersuchung: Cockburn/Ormrod: 'Gender and Technology in the making'. London 1993+folgende

Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Die Materie, mit der sich die Menschen epochemässig auseinandersetzen, hat Einfluss auf sie und ihren Zeitgeist. Die Zeit des Kohleabbaus: schwarzer Staub, schwarze Lunge, Atemnot, schwarz-Sehen, Depression. Die Fokussierung auf Erdöl: verklebte Erde, verklebtes Wasser, verklebter Geist, verklebte Flügel. Das Atomzeitalter spaltet den Kern, unabsehbare, destruktive Irrwege der Teile, Auflösung von Identität: die Schizophrenie der Macht. Wenn all das annäherungsweise zutrifft, könnte uns eine Ökozeit zur Ganzheitlichkeit zurückführen. Die Zeit drängt.

ALLE KRIEGE
BEENDEN +
ALLE ATOM-
ANLAGEN AB-
SCHALTEN !